

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Dieses Mal nur zwei kleine Anmerkungen:

1. Zum Thema Leserbrief hat es keine Rückmeldungen gegeben. Ich belasse es zunächst also dabei, Kommentare zu diesem Newsletter nur persönlich anzunehmen und zu beantworten.
2. Der Arbeitskreis Europa hat damit begonnen, an einem Antrag zu arbeiten, wie die Europäische Union reformiert werden könnte (im Sinne des "Europa besser machen" von Christian Lindner). Vielleicht ist das heute der beste Kommentar zu alledem, was die EU so fröhlich und ungehindert an Steuergeldern und Bestimmungen herausgibt. Mit Blick auf das Kuriositäten-Kabinett erwarte ich neugierig, wann wir alle per Dekret Obst und Gemüse essen müssen und wie viel davon dann in die Biotonne wandern darf.

Europäischer Rat

Tagung am 20./21. Oktober 2016

Der Europäische Rat (ER) verabschiedete Schlussfolgerungen (SF) zu den Themen Migration, Handel und Wirtschaft sowie zu den Außenbeziehungen (Syrien und Russland). Die Staats- und Regierungschefs zogen eine Bilanz der jüngsten Entwicklungen in der Migrationspolitik, ohne neue Beschlüsse zu fassen. Der Brexit war nicht Thema des ER; Premierministerin May in

formierte lediglich über den Sachstand in GBR und bestätigte die Notifizierung der Austrittsmitteilung bis März 2017.

In der Migrationspolitik lag der Schwerpunkt in der außenpolitischen Dimension, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Herkunfts- und Transitländern. Denn während der Flüchtlingsstrom über das östliche Mittelmeer stark zurückgegangen ist, bleibt der Zustrom über die zentrale Mittelmeerroute auf gleichem Niveau seit 2014 und stellt aktuell die Hauptroute dar. Die SF für Migration erfassen drei Themenbereiche: Schutz der Außengrenzen, Bewältigung der Migrationsströme und Fortführung der Reform der EU-Asylpolitik. Der ER nahm Bezug auf die jüngst in Kraft getretene Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache. Sie soll bis Jahresende ihre volle Kapazität erreicht haben.

Im Bereich Handel spricht sich der ER für eine robuste Handelspolitik und offene Märkte aus, betont aber auch, globale Standards fördern und auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingehen zu wollen. Er will energisch gegen unlautere Handelspraktiken vorgehen und fordert eine ausgewogene Einigung über die Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente. Er unterstrich die Bedeutung einer schnellen Entscheidung über die Unterzeichnung von CETA und forderte, so schnell wie möglich eine Einigung zu erzielen. BUL und ROM hatten während des Gipfels ihre Bedenken gegen CETA fallengelassen; nach wie vor widersetzt sich al



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

lerdings die belgische Region Wallonien der Unterzeichnung durch BEL.

Der ER begrüßt die Ratifizierung des Klimaschutzübereinkommens von Paris. Er wird die Energieunion, einschließlich aller Elemente des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, fortlaufend überprüfen. Er bekräftigt, dass die verschiedenen Strategien für den Binnenmarkt (digitaler Binnenmarkt, Kapitalmarktunion, Energieunion und Binnenmarktagenda) bis 2018 fertiggestellt und umgesetzt sein sollen. Die SF zu den Außenbeziehungen befassen sich mit Syrien und Russland. Der ER hat eine lange Aussprache über Russland geführt. In den SF verurteilt er die Angriffe des syrischen Regimes und Russlands auf die Zivilbevölkerung scharf. Neue Sanktionen gegen Russland hat der ER nicht vereinbart. Die bestehenden Sanktionen gegen Russland laufen im Januar 2017 aus.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/10/21-european-council-conclusions/>

Europäische Kommission

Ergebnisse der 15. TTIP-Verhandlungsrunde

Die 15. Runde der Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fand vom 03.10.2016 - 07.10.2016 in New York statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen Regulierungsfragen einschließlich der Kohärenz der Regulierungen, technische Handelshindernisse, Tier- und Pflanzengesundheit so

wie die Diskussion der neun Industriesektoren, die vor dem Beginn der Verhandlungen für eine Zusammenarbeit identifiziert worden waren (Automobilindustrie, Pharmaindustrie, chemische Industrie, Kosmetikindustrie, Informations- und Kommunikationstechnik, Medizintechnik, Textilindustrie und Schädlingsbekämpfung). Der Verhandlungsführer der Kommission, Ignacio Garcia Bercero, teilte im Nachgang zu den Gesprächen mit, dass vielversprechende Fortschritte erreicht worden sind, so zum Beispiel bei der Diskussion der Aktualisierung der bestehenden gegenseitigen Vereinbarung zu den Herstellungsprozessen im Pharmasektor. Beide Seiten betonten ihre Entschlossenheit, sich weiterhin voll für TTIP zu engagieren und die Verhandlungen zum Erfolg zu führen. Im nächsten Schritt werden sich die Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beim Gipfel am 20./21.10.2016 mit dem Thema befassen. Weitere Schritte sollen daraufhin beim Handelsministerrat am 11.11.2016 entschieden werden.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1553>

EU-Investitionen in der Kohäsionspolitik von 2007 bis 2013

Am 07.10.2016 veröffentlichte die Kommission die Ergebnisse einer unabhängigen Bewertung der EU-Investitionen von 2007 bis 2013 in Form eines Abschlussberichts sowie Länderberichte zu allen Mitgliedstaaten (MS). Die wichtigsten Ergebnisse sind die Schaffung von einer Million neuen Arbeitsplätzen und die Steigerung des Bruttonlandsprodukts (BIP) für jeden investier



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

ten Euro in die Kohäsionspolitik um 2,74 EUR, wodurch ein zusätzlicher BIP-Ertrag von circa 1 Billion EUR bis 2023 entstehen wird.

In Bezug auf DEU wird die Schaffung von über 100.000 neuen Arbeitsplätzen als positives Ergebnis festgehalten. Allerdings wird grundsätzlich auch deutlich, dass in den Bereichen Zielorientiertheit und Leistung, Einsatz von Finanzinstrumenten sowie nachhaltige Stadtentwicklung weiterhin Verbesserungsbedarf besteht. Insgesamt zeigen die Ergebnisse aus Sicht der Generaldirektion Regionalpolitik, dass alle MS von den EU-Investitionen profitierten und die Kohäsionspolitik einen wichtigen Bestandteil der EU-Wachstums- und Beschäftigungsagenda darstellt.

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/evaluations/ec/2007-2013/#1

Milchmengenreduzierung vollständig ausgeschöpft

Wie die Kommission am 18.10.2016 mitteilte, ist das verbliebene Budget des Beihilfepaketes zur Verringerung der Milcherzeugung in der EU vollständig ausgeschöpft. Zur ersten Antragsrunde hatten die europäischen Milcherzeuger ihre Bereitschaft erklärt, bis Ende des Jahres insgesamt 1,06 Mio. t weniger Milch liefern zu wollen. Die verbliebene Verringerungsmenge in Höhe von 12.198 t wurde in der letzten Antragsrunde weit überzeichnet: EU-weit erklärten 6.098 Milchbauern, von November 2016 bis Ende Januar 2017 ihre Milchlieferungen um insgesamt 97.880 t verringern zu wollen. Aus diesem Grund hat die Kommission ei-

nen Kürzungskoeffizienten in Höhe von 0.12462762 festgelegt. Dies bedeutet, dass die Milcherzeuger von 100 t angebotener zu reduzierender Milchmenge tatsächlich nur für 12,47 t finanzielle Unterstützung der EU in Höhe von 140 " je Tonne erhalten. Mit 1.823 Anträgen und einer Milchmenge von 23.451 t nahmen am häufigsten französische Milcherzeuger an der zweiten Antragsrunde teil (Deutschland: 918 Betriebe mit einer Menge von 17.759 t).

http://ec.europa.eu/agriculture/milk/policy-instruments/milk-production-reduction-scheme-second_en.pdf

http://ec.europa.eu/agriculture/milk/policy-instruments/milk-production-reduction-scheme-total_en.pdf

Europäisches Parlament

Vorstellung des Jahresberichts zum Haushalt 2015 durch Europäischen Rechnungshof

Am 13.10.2016 stellte der neue Präsident des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) Klaus-Heiner Lehne den Jahresbericht 2015 des EuRH vor und sprach vor dem Haushaltskontrollausschuss des EP. Lehne mahnte, dass die europäischen Institutionen in gewissem Maße das Vertrauen der EU-Bürger verloren hätten. Er legte den MdEP dar, dass Reformen ganz klar nötig seien, diese sich aber unabhängig von ihrer Art auf ein stabiles finanzielles Fundament stützen müssen. Dies bedeute, dass die EU für eine ordnungsgemäße Rechnungsführung sorgen und sicherstellen müsse, dass ihre Finanzvorschriften korrekt befolgt wer-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

den. Außerdem müsse eine optimale Mittelverwendung erreicht sowie Transparenz und Zuverlässigkeit sichergestellt werden.

<http://www.eca.europa.eu/de/Pages/AR2015.aspx>

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/cont/home.html>

Eurogruppe

Auszahlung der nächsten Tranche an Griechenland

Die EUR-Gruppe begrüßte am 10.10.2016 die Anstrengungen der griechischen Regierung bei der Umsetzung der vereinbarten Reformen und veranlasste die Auszahlung von 1,1 der noch verbleibenden 2,8 Mrd. EUR der zweiten Tranche durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus. Die restlichen 1,7 Mrd. EUR werden erst ausgezahlt, wenn die griechische Regierung die bis dahin noch fehlenden Daten zum Nettoabbau der Zahlungsrückstände im September 2016 vorgelegt hat, was vermutlich erst Anfang November erfolgen könnte.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/10/10-eurogroup-jdremarks/>

Haushaltsberatungen

Die Mitglieder des Euro-Währungsgebiets sind verpflichtet, zwischen dem 01.10.2016 - 15.10.2016 die Entwürfe ihrer Haushaltspläne für das Jahr 2017 vorzulegen. Nach Überprüfung durch die Kommission werden diese dann voraussichtlich am 05.12.2016 in der Eurogruppe erörtert werden. In diesem Zusammenhang wurde diskutiert, wie im Falle von Spanien vorzugehen sei, das

derzeit nur über eine Übergangsregierung mit eingeschränkten Haushaltsbefugnissen verfüge. Diese habe aktuell einen Entwurf vorgelegt, der laut Kommission nur geringfügige Anpassungen bedürfe, um das für das Land vorgeschriebene Defizit von 3,1 % des BIP einzuhalten. Eurogruppe und Kommission waren sich einig, dass Spanien aktuell zwar lediglich den bisherigen Haushalt in Form eines Verwaltungshaushalts fortschreiben müsse. Umgehend nach Bildung einer Regierung müsse das Land aber einen Entwurf vorlegen, der die Vorgaben vollständig erfüllt.

In Hinblick auf die von Italien geforderte zusätzlich Flexibilität für den Haushalt 2017 erklärte Kommissar Pierre Moscovici, zuständig für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, dass der Haushaltsentwurf von Italien noch untersucht werden müsse. Grundsätzlich bestehe die Kommission auf der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unter Ausnutzung der darin vorgesehenen Flexibilität. Besondere Ausgaben für Erdbeben und Flüchtlinge könnten innerhalb der Regeln flexibel gehandhabt werden aber nicht darüber hinaus.

Eurostat

Hälfte des EU-Warenverkehrs geht über Seeweg

Mehr als 50 Prozent des EU-Warenverkehrs erfolgt per Schiff. Das bestätigen aktuelle Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union. Der Wert der über den Seeweg beförderten Waren ist



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

2015 auf knapp 1,8 Milliarden Euro gestiegen. Die größten Frachthäfen in der Europäischen Union sind Rotterdam, Antwerpen und Hamburg.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7667719/6-28092016-AP-DE.pdf/db3ef263-6547-4249-a4b9-26f0e7dec2a1>

Jährliche Inflationsrate im Euroraum gestiegen

Das statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlichte am 17.10.2016 eine Bilanz, nach der die jährliche Inflationsrate im Euroraum im September 2016 auf 0,4% gestiegen ist, wohingegen sie im Vorjahr 2015 minus 0,1% und im August 2016 plus 0,2% betrug. In der EU betrug die jährliche Inflationsrate im September 2016 ebenfalls 0,4% gegenüber minus 0,1% im Vorjahr.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7695740/2-17102016-AP-DE.pdf/40593d2f-c2e6-4d94-97e0-df1ccc35ae91>

Europäische Bankenaufsichtsbehörde

Arbeitsprogramm 2017 . 2020 vorgelegt

Die in London ansässige Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 12.10.2016 ihr Arbeitsprogramm für das kommende Jahr sowie die strategischen Schwerpunkte für den Zeitraum 2017-2020 vorgestellt. Für 2017 stehen demnach vor allem die Vervollständigung der bereits begonnenen Arbeiten bezüglich Liquidität und Verschuldungsquote (Leverage Ratio) sowie Aspekte der Bankenabwicklung und

des Verbraucherschutzes im Mittelpunkt. Zeitgleich erwartet die EBA im Zuge des von Seiten der Kommission für Ende des Jahres angekündigten umfangreichen Legislativpakets zur Risikoreduzierung zahlreiche Folgeaufträge für Regulierungsmaßnahmen, u.a. für die Bereiche Eigenkapitalstandards und Anpassung der Aufsicht. Ferner sollen im Zusammenhang mit der geplanten Schaffung einer Kapitalmarktunion auch Standards für Verbriefungen neu definiert werden. Für den Zeitraum 2017-2020 sieht die EBA indes Schwerpunkte in insgesamt sieben Bereichen, darunter die Implementierung des einheitlichen Regelwerks im Finanzdienstleistungsbereich (Single Rulebook) sowie das Voranbringen und die Weiterentwicklung von Instrumenten zur Bewältigung von Bankkrisen.

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/1617016/2017+EBA+Work+Programme.pdf>

Aus dem Kuriositäten-Kabinett

Jeder siebte Europäer isst mindestens fünfmal am Tag Obst und Gemüse

Nach den neuesten Auswertungen von Eurostat haben sich im Jahr 2014 14,1 % aller Europäer über 15 Jahren an den Empfehlungen der EU-weiten Kampagne ≤ 5 am Tag orientiert und täglich mindestens fünf Mal Obst und Gemüse verzehrt. Jedoch konnte im gleichen Erhebungszeitraum über ein Drittel der Bevölkerung keinen täglichen Konsum derartiger Lebensmittel vorweisen. Die Verzehrsgewohnheiten sind innerhalb der EU sehr unterschiedlich: Wäh



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

rend in Bulgarien nur 4,4 % der Bevölkerung täglich mindestens 5 Mal Obst und Gemüse essen, steht das Vereinigte Königreich mit 33,1 % EU-weit an der Spitze. Deutschland belegt mit 9,9 % einen unterdurchschnittlichen Platz. Neben staaten-spezifischen Unterschieden wurde auch ein Einfluss des Bildungsniveaus und des Geschlechts auf die Verzehrgeohnheiten festgestellt.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7694621/3-14102016-BP-DE.pdf/7938d0e3-6a60-4138-b8ab-52ea3690eeb4>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 14/2016, 23. Oktober 2016

